

Rede zu Perspektiven der europäischen Idee

Berlin, Schloss Bellevue, 22. Februar 2013

Änderungen vorbehalten. Es gilt das gesprochene Wort.

"Europa: Vertrauen erneuern, Verbindlichkeit stärken"

Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

So viel Europa war nie! Das sagt jemand, der mit großer Dankbarkeit in diesen Saal blickt, der Gäste aus Deutschland und ganz Europa begrüßen darf!

So viel Europa war nie: Das empfinden viele Menschen derzeit auf ganz andere Weise, zum Beispiel beim morgendlichen Blick in deutsche Zeitungen. Da begegnet uns Europa verkürzt auf vier Buchstaben – als Euro, als Krisenfall. Immer wieder ist von Gipfeldiplomatie und Rettungspaketen die Rede. Es geht um schwierige Verhandlungen, auch um Teilerfolge, vor allem aber geht es um ein Unbehagen, auch um einen deutlichen Unmut, den man nicht ignorieren darf. In einigen Mitgliedstaaten fürchten die Menschen, dass sie zu Zahlmeistern der Krise werden. In anderen Ländern wächst die Angst vor immer schärferen Sparmaßnahmen und sozialem Abstieg. Geben und Nehmen, Verschulden und Haften, Verantwortung und Teilhabe scheinen vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr richtig und gerecht sortiert in der Gemeinschaft der Europäer.

Hinzu kommt eine Liste von Kritikpunkten, die schon seit langer Zeit zu lesen und zu hören sind: der Verdruss über Brüsseler Technokraten und ihre Regelungswut, die Klage über mangelnde Transparenz der Entscheidungen, das Misstrauen gegen ein unübersichtliches Netz von Institutionen und nicht zuletzt der Unwille über die wachsende Bedeutung des Europäischen Rats und die dominierende Rolle des deutsch-französischen Tandems.

So anziehend Europa auch ist – zu viele Bürger lässt die Europäische Union in einem Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit zurück. Ich weiß es, ich höre, lese es fast täglich: Es gibt Klärungsbedarf in Europa. Angesichts der Zeichen von Ungeduld, Erschöpfung und Frustration unter den Bürgern, angesichts von Umfragen, die mir eine Bevölkerung zeigen, die unsicher ist, ob unser Weg zu „mehr“ Europa richtig ist, scheint es mir, als stünden wir vor einer neuen Schwelle – unsicher, ob wir wirklich entschlossen weitergehen sollen. Diese Krise hat mehr als nur eine ökonomische Dimension. Sie ist auch eine Krise des Vertrauens in das politische Projekt Europa. Wir ringen nicht nur um unsere Währung. Wir ringen auch mit uns selbst.

Und dennoch stehe ich heute als bekennender Europäer vor Ihnen und spüre das Bedürfnis, mich mit Ihnen gemeinsam noch einmal zu vergewissern, was Europa bedeutet hat und bedeutet und welche Möglichkeiten es weiter in sich

trägt – so, wie ich es heute zu überblicken vermag.

Für mich ist dieser Tag auch Anlass, neu und kritischer auf meinen euphorischen Satz kurz nach der Amtseinführung zurückzukommen, als ich sagte: „Wir wollen mehr Europa wagen.“ So schnell und gewiss wie damals würde ich es heute nicht mehr formulieren. Dieses Mehr an Europa braucht eine Deutung, braucht Differenzierung. Wo kann und soll mehr Europa zu gelingendem Miteinander beitragen? Wie soll Europa aussehen? Was wollen wir entwickeln und stärken, was wollen wir begrenzen? Und nicht zuletzt: Wie finden wir für mehr Europa auch mehr Vertrauen, als wir es derzeit haben?

Erinnern wir uns: Der Anfang war vielversprechend. Bereits fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schlug Frankreichs Außenminister Robert Schuman seinen europäischen Partnern die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor. Frankreich und Deutschland wurden zu den großen Impulsgebern der europäischen Entwicklung – und ehemalige Kriegsgegner wurden enge Partner. Als wir im Januar den 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags gefeiert haben, war uns noch einmal sehr bewusst, wie kostbar diese Freundschaft für Europa geworden ist und wie groß das Glück ist, diese Freundschaft nun mit einer neuen Generation weiterleben zu können.

Damals, 1950, war Jean Monnet der Ideengeber. Sein Ziel: die Sicherung des europäischen Friedens durch eine „Vergemeinschaftung“, die den Mitgliedern gleichzeitig nationalen Nutzen versprach. Westdeutschland erreichte mit dieser Integration seine erste Rehabilitierung in der internationalen Staatengemeinschaft. Frankreich und die anderen Partnerstaaten befriedigten durch Kontrolle auch deutscher Kohle- und Stahlproduktion ihr Sicherheitsbedürfnis. Der Gedanke war lange schwer umzusetzen, aber von großer politischer Hellsichtigkeit: Wenn die Wirtschaft verschmilzt, verschmilzt irgendwann auch die Politik. Das sagte Walther Rathenau schon vor 100 Jahren. Und wo einst Staaten um Ressourcen und um die Hegemonie stritten, wächst Frieden durch gegenseitige Verflechtung.

Für eine umfassende nationenübergreifende Politik war es 1950 natürlich noch zu früh. Nur Schritt für Schritt sollte aus wirtschaftlicher Integration politische Integration werden, aus immer größeren Feldern von Vergemeinschaftung schließlich ein gemeinsames Europa entstehen – für die einen eine europäische Föderation, für die anderen ein Europa der Vaterländer. Lange Zeit brachte diese pragmatische Methode das Projekt Europa tatsächlich voran. Heute sind wir allerdings gezwungen, die Taktik grundlegend zu überdenken. Weil Entwicklungen ohne ausreichenden politischen Gesamtrahmen zugelassen wurden, sind die Gestalter der Politik bisweilen zu Getriebenen der Ereignisse geworden.

Selbst an bedeutenden Wegmarken fehlte es in der Vergangenheit oft an politischer Ausgestaltung. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Lagers wurden zehn Staaten in die EU aufgenommen, obwohl das nötige Fundament für eine so große EU noch fehlte. Und so blieben bei dieser größten Erweiterung der EU die Fragen nach einer Vertiefung teilweise unbeantwortet. Als folgenschwer erwies sich auch die Einführung der

gemeinsamen Währung. 17 Staaten furten im Laufe der Jahre den Euro ein, doch der Euro selbst bekam keine durchgreifende finanzpolitische Steuerung. Dieser Konstruktionsfehler hat die Europäische Union in eine Schiefelage gebracht, die erst durch Rettungsmaßnahmen wie den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und den Fiskalpakt notdürftig korrigiert wurde.

Für mich ist jedoch klar: Selbst wenn einzelne Rettungsmaßnahmen scheitern sollten, steht das europäische Gesamtprojekt nicht in Frage. Seine Vorteile liegen bis jetzt deutlich auf der Hand: Wir reisen von der Memel bis zum Atlantik und von Finnland bis nach Sizilien, ohne an irgendeiner Grenze den Reisepass zu zucken. Wir zahlen in großen Teilen Europas mit einer gemeinsamen Währung und kaufen Schuhe aus Spanien und Autos aus Tschechien ohne Zollaufschlage. Wir lassen uns in Deutschland von polnischen Ärzten behandeln und sind dankbar dafür, weil manche Praxen sonst schließen müssten. Unsere Unternehmer beschäftigen neuerdings auch zunehmend Arbeitskräfte aus allen Mitgliedstaaten der Union, die in ihren eigenen Ländern gar keine Arbeit oder nur Jobs zu sehr viel schlechteren Bedingungen finden würden. Und unsere Senioren verbringen ihren Ruhestand an Spaniens Küsten, manche auch an der polnischen Ostsee. Mehr Europa ist auf erfreuliche Weise Alltag geworden.

Deswegen sind die Ergebnisse von Meinungsumfragen nur auf den ersten Blick widersprüchlich. Zwar ist die Skepsis gegenüber der EU in den letzten Jahren stark angestiegen, aber eine Mehrheit ist weiterhin überzeugt: Unsere komplexe und zunehmend globale Realität braucht Regelungen im nationenubergreifenden Rahmen. Wir alle in Europa haben große politische und wirtschaftliche Vorteile von der Gemeinschaft.

Was uns als Europäer allerdings auszeichnet, was europäische Identität bedeutet, bleibt schwer zu umreißen. Junge Gäste in Bellevue haben mir vor kurzem bestätigt, was wohl vielen hier im Saal vertraut sein dürfte: „Wenn wir in der großen, weiten Welt sind, empfinden wir uns als Europäer. Wenn wir in Europa sind, empfinden wir uns als Deutsche. Und wenn wir in Deutschland sind, empfinden wir uns als Sachse oder Hamburger.“

Wir sehen, wie vielschichtig Identität ist. Europäische Identität löscht weder regionale noch nationale Identität, sondern existiert neben diesen. Gerade habe ich an der Universität Regensburg einen Studenten getroffen, der als Pole in Deutschland aufwuchs, mit Polnisch als Muttersprache und bei Sportereignissen die polnische Fahne trug. Aber erst, als er ein Semester in Polen studierte und seine Kommilitonen ihn als Deutschen wahrnahmen, wurden auch ihm diese Teile der Identität bewusst. Es ging ihm wie vielen: Oft nehmen wir unsere Identität durch die Unterscheidung gegenüber anderen wahr.

„Man braucht nur Europa zu verlassen, gleich in welcher Richtung, um die Realität unserer Kultureinheit zu spüren“, fasste der Schweizer Philosoph Denis de Rougemont diese Erfahrung Ende der 50er-Jahre zusammen. „Schon in den Vereinigten Staaten, in der Sowjetunion sofort und ohne jeden Zweifel in Asien werden Franzosen und Griechen, Engländer und Schweizer, Schweden und Kastilianer als Europäer betrachtet. (...) Von außen gesehen

ist die Existenz von Europa augenscheinlich.“

Ist die Existenz Europas von innen gesehen genauso augenscheinlich? Schon geografisch ist der Kontinent schwer zu fassen – reicht er beispielsweise bis zum Bug oder bis zum Ural? Bis zum Bosphorus oder bis nach Anatolien? Auch die identitätsstiftenden Bezüge unterlagen in seiner langen Geschichte mehrfach einem Wechsel. Heute wissen wir, dass sie sich auf ein ganzes Ensemble beziehen – angefangen von der griechischen Antike über die römische Reichsidee und das römische Recht bis hin zu den prägenden christlich-jüdischen Glaubensstraditionen.

Doch wie sieht es heute aus? Was bildet heute das einigende Band zwischen den Bürgern Europas? Woraus schöpft Europa seine unverwechselbare Bedeutung, seine politische Legitimation und seine Akzeptanz?

Als die Europäische Union im November den Friedensnobelpreis erhielt, haben die Festredner Europa als Friedensprojekt beschrieben. Unvergesslich, wie Winston Churchill 1946 in seiner berühmten Rede vor der Jugend in Zürich die „Neuschaffung der europäischen Familie“ forderte. Unvergesslich, dass damals die tiefste Überzeugung von Politikern wie Bevölkerung in drei Worten auszudrücken war: „Nie wieder Krieg!“ Unvergesslich auch, wie 700 Politiker und Intellektuelle 1948 in Den Haag auf dem Europäischen Kongress zusammenkamen, so unterschiedliche Persönlichkeiten wie etwa der britische Philosoph Bertrand Russell, der italienische Schriftsteller Ignazio Silone, auch Deutsche wie Konrad Adenauer, Walter Hallstein und Eugen Kogon.

„Ob der ewige Frieden auf dieser Erde möglich ist, weiß kein Mensch“, so fasste der französische Philosoph Raymond Aron später die Intentionen zusammen. „Dass die Beschränkung der Gewalt in diesem gewaltsamen Jahrhundert unsere gemeinsame Pflicht geworden ist, darüber gibt es keinen Zweifel.“

Allerdings wurde Europa recht bald zu einem Konzept nur für Westeuropa. Im Kalten Krieg zerfiel der Kontinent in zwei politische Lager. Doch mochten Ost- und Mitteleuropa auch über 40 Jahre abgeschnitten sein, so haben seine Bewohner Europa im Geiste nie verlassen. Für sie und auch für mich war unser überzeugtes Ja zu dem freien, demokratischen, wohlhabenden Europa so etwas wie der zweite Gründungsakt Europas, ein nachgeholter Beitritt für jenen Teil des Kontinents, der nicht von Anfang an dabei sein konnte. Es war zugleich eine qualitative Erweiterung für Europa. So, wie Europa nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem ein Friedensprojekt gewesen war, so war es 1989 ein Freiheitsprojekt.

Die junge Generation, die in den 80er-Jahren und später geboren wurde, sieht Europa wieder mit ganz anderen Augen. Ihre Großeltern und Urgroßeltern, die Berlin, Warschau und Rotterdam in Schutt und Asche erlebten, haben es geschafft, Europa neu aufzubauen, im Westen konnten sie sogar Wohlstand an Kinder und Enkel weitergeben.

Ich weiß, liebe Schülerinnen und Schüler hier im Saal, Ihr habt Eurer erstes Taschengeld in Euro erhalten, Ihr lernt mindestens zwei Fremdsprachen, Ihr

fahrt zur Klassenreise nach Paris, London, Madrid, vielleicht auch nach Warschau, Prag oder Budapest, und wenn Ihr Euren Schulabschluss habt, stehen Euch Erasmus-Stipendien oder Berufsbildungsprogramme wie Leonardo da Vinci offen. Ihr lernt miteinander in Europa, statt nur übereinander. Und Ihr feiert miteinander: auf europäischen Musikfestivals oder in den lebendigen Metropolen Europas. Keine Generation vor Euch hatte so viele erfreuliche Gelegenheiten, sagen zu können: Wir sind Europa! Ja, Ihr erlebt tatsächlich „mehr Europa“ als alle Generationen vor Euch!

Trotzdem stimmt natürlich, was oft moniert wird: In Europa fehlt eine große identitätsstiftende Erzählung. Wir haben keine gemeinsame europäische Erzählung, die über 500 Millionen Menschen in der Europäischen Union auf eine gemeinsame Geschichte vereint, die ihre Herzen erreicht und ihre Hände zum Gestalten animiert. Ja, es stimmt: Wir Europäer haben bis heute keinen Gründungsmythos nach Art einer Entscheidungsschlacht, in der Europa einem Feind gegenübertritt, siegen oder verlieren, aber jedenfalls seine Identität bewahren konnte. Wir haben auch keinen Gründungsmythos im Sinne einer erfolgreichen Revolution, in der die Bürger des Kontinents gemeinsam einen Akt der sozialen Emanzipation vollbracht hätten. Die eine europäische Identität gibt es genauso wenig wie den europäischen Demos, ein europäisches Staatsvolk oder die eine europäische Nation.

Und dennoch hat Europa eine identitätsstiftende Quelle – einen im Wesen zeitlosen Wertekanon, der uns auf doppelte Weise verbindet, als Bekenntnis und als Programm. Wir versammeln uns im Namen Europas nicht um Monumente, die den Ruhm der einen aus der Niederlage der anderen ableiten. Wir versammeln uns für etwas – für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Gleichheit, Menschenrechte und Solidarität.

All diese europäischen Werte sind ein Versprechen, aber sie sind auch niedergelegt in Verträgen und garantiert in Gesetzen. Sie sind Bezugspunkt unseres republikanischen Verständnisses – Grundlage dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können. Die europäischen Werte öffnen den Raum für unsere europäische res publica.

Unsere europäische Wertegemeinschaft will ein Raum von Freiheit und Toleranz sein. Sie bestraft Fanatiker und Ideologen, die Menschen gegeneinander hetzen, Gewalt predigen und unsere politischen Grundlagen untergraben. Sie will ein Raum sein, in dem die Völker friedlich miteinander leben und nicht mehr gegeneinander zu Felde ziehen. Ein Krieg wie auf dem Balkan, wo bis heute europäische Soldaten und zivile Kräfte den Frieden sichern müssen, darf nie wieder blutige Realität werden.

Von anderen Kontinenten zugewanderte Menschen wissen das Kostbare an Europa oft besonders zu schätzen. Sie kennen Armut, Unfrieden, Unfreiheit und Unrecht in anderen Teilen der Welt. Sie erleben Europa als Raum des Wohlstands, der Selbstverwirklichung und in vielen Fällen auch als Schutzraum: vor Pressezensur und staatlichen Internetsperren, vor Folter und Todesstrafe, vor Kinderarbeit und Gewalt gegen Frauen, oder vor der

Verfolgung jener, die eine gleichgeschlechtliche Beziehung leben.

Unsere europäischen Werte sind verbindlich und sie verbinden. Mögen europäische Staaten Europas Regeln auch verletzen, so können sie doch vor europäischen Gerichten eingeklagt werden. Mag es auch immer einmal wieder Anlass geben, Europa oder Deutschland zwiespältigen Umgang mit Menschen- und Bürgerrechten vorzuwerfen, so garantiert Europa doch immer eine kritische Öffentlichkeit und freie Medien, die für Verfolgte und Unterdrückte besonders in diktatorischen und autoritären Staaten Partei ergreifen können.

Der europäische Wertekanon ist nicht an Ländergrenzen gebunden und er hat über alle nationalen, ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschiede hinweg Gültigkeit. Am Beispiel der in Europa lebenden Muslime wird dies deutlich. Sie sind ein selbstverständlicher Teil unseres europäischen Miteinanders geworden. Europäische Identität definiert sich nicht durch die negative Abgrenzung vom anderen. Europäische Identität wächst mit dem Miteinander und der Überzeugung der Menschen, die sagen: Wir wollen Teil dieser Gemeinschaft sein, weil wir gemeinsame Werte teilen. Mehr Europa heißt: mehr gelebte und geeinte Vielfalt.

All das, was wir zwischenstaatlich lernen mussten und weiter lernen, um den Frieden zwischen den Völkern zu sichern, haben wir immerfort auch innerhalb unserer Gesellschaft zu lernen, um den Ausgleich zwischen zunehmend Verschiedenen zu erreichen. Wir erleben es tagtäglich: Wir sind auch dann Europa, wenn wir zu Hause bleiben. In Deutschland treffen wir Restaurantbesitzer aus Italien, Krankenpflegerinnen aus Spanien und Fußballspieler aus der Türkei. An den Universitäten und in den Betrieben, an den Bühnen und in den Geschäften arbeiten immer mehr Menschen, die ihre familiären Wurzeln in anderen Ländern haben und die, wenn sie religiös sind, andere Gotteshäuser besuchen als protestantische und katholische Deutsche. Europa ist längst mehr. Vielfalt ist Alltag in der Mitte unserer Gesellschaft geworden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unseren Wertekanon stellen glücklicherweise nur sehr wenige Europäer in Frage. Der institutionelle Rahmen dagegen, den sich Europa bis jetzt gab, wird gerade intensiv diskutiert. Für einige ist die europäische, föderale Union die einzige Chance für den Kontinent, andere zielen auf Korrekturen bei den bestehenden Institutionen – etwa die Einführung einer zweiten Kammer oder die Erweiterung der Rechte des Europaparlaments. Manche halten es für ausreichend, den Status quo zu wahren, wenn dessen Möglichkeiten denn mit mehr politischem Willen tatsächlich ausgenutzt würden. Und Euroskeptiker würden die europäische Ebene am liebsten reduzieren.

Wir stehen mitten in dieser Diskussion und nicht an ihrem Ende. Und wir werden uns leichter über den institutionellen Rahmen einigen, wenn wir gemeinsam und in aller Ausführlichkeit die grundlegenden Fragen zur Zukunft des europäischen Projekts diskutiert haben.

Notwendige Anpassungen im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich im

Euroraum hat die Politik jetzt glücklicherweise unter erheblichem Druck vorgenommen. Wir alle wissen aber, dass Europa vor weiteren Herausforderungen steht. Ich habe eingangs meiner Rede von einer Schwelle gesprochen: Wir halten inne, um uns gedanklich und emotional zu rüsten für den nächsten Schritt, der Neues von uns verlangt.

Einst waren europäische Staaten Großmächte und Global Players. In der globalisierten Welt von heute mit den großen neuen Schwellenländern kann sich im besten Fall ein vereintes Europa als Global Player behaupten: Politisch, um substantiell mitentscheiden und weltweit für unsere Werte Freiheit, Menschenwürde und Solidarität eintreten zu können. Wirtschaftlich, um wettbewerbsfähig zu bleiben und so in Europa unsere materielle Sicherheit und damit innergesellschaftlichen Frieden zu sichern.

Bis jetzt ist Europa für diese Rolle zu wenig vorbereitet. Wir brauchen eine weitere innere Vereinheitlichung. Denn ohne gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik kann eine gemeinsame Währung nur schwer überleben. Wir brauchen auch eine weitere Vereinheitlichung unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um gegen neue Bedrohungen gewappnet zu sein und einheitlich und effektiver auftreten zu können. Wir brauchen auch gemeinsame Konzepte auf ökologischer, gesellschaftspolitischer – Stichwort Migration – und nicht zuletzt demografischer Ebene.

Dies geduldig und umsichtig zu vermitteln ist Aufgabe aller, die sich dem Projekt Europa verbunden fühlen. Unsicherheit und Angst dürfen niemanden in die Hände von Populisten und Nationalisten treiben. Die Leitfrage bei allen Veränderungen sollte daher sein: Wie kann ein demokratisches Europa aussehen, das dem Bürger Ängste nimmt, ihm Gestaltungsmöglichkeiten einräumt, kurz: mit dem er sich identifizieren kann?

Wer meint, eine europäische Vereinigung sei ein Kunstgebilde und unfähig, seine unterschiedlichen Bürgerinnen und Bürger aus bald 28 Nationalstaaten zusammenzuführen, der sei daran erinnert, dass auch die Nationalstaaten nichts natürlich Gewachsenes und nichts Ewiges sind und ihre Bürger häufig erst sehr langsam hineinwachsen. Als 1861 die italienische Einheit geschaffen wurde, erklärte der Schriftsteller und Politiker Massimo D'Azeglio: „Italien haben wir geschaffen, nun müssen wir die Italiener schaffen.“ Weniger als zehn Prozent der Bürger sprachen Italienisch und die Masse kannte nur Dialekte.

Doch anders als im 19. Jahrhundert, als auch das Deutsche Reich aus einem Flickenteppich von Königreichen und Fürstentümern hervorging, können und wollen wir eine europäische Vereinigung nicht von oben dekretieren. Wir haben inzwischen starke Zivilgesellschaften. Ohne die Zustimmung der Bürger könnte keine europäische Nation, kann kein europäischer Staat wachsen. Takt und Tiefe der europäischen Integration werden letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern bestimmt.

An dieser Stelle möchte ich einen Blick nach Großbritannien werfen. Mit großem Interesse habe ich die Doppelbotschaft des Premierministers vernommen: Das *Ja* zu britischer Tradition und zu britischen Interessen, das

kein Nein sein sollte zu Europa. Es ist zwar Sache der Briten, über ihre Zukunft zu entscheiden, aber vielleicht sind sie doch bereit, einen *Wunsch* aus Schloss Bellevue anzuhören:

Liebe Engländer, Schotten, Waliser, Nordiren und britische Neubürger! Wir möchten Euch weiter dabeihaben! Wir brauchen Eure Erfahrungen als Land der ältesten parlamentarischen Demokratie, wir brauchen Eure Traditionen, Eure Nüchternheit und Euren Mut! Ihr habt mit Eurem Einsatz im Zweiten Weltkrieg geholfen, unser Europa zu retten – es ist auch *Euer* Europa. Lasst uns weiter gemeinsam um den Weg zur europäischen res publica streiten, denn nur gemeinsam sind wir den künftigen Herausforderungen gewachsen. Mehr Europa soll nicht heißen: ohne Euch!

Sehr geehrte Damen und Herren,

es macht mir Sorge, wenn die Rolle Deutschlands im europäischen Prozess augenblicklich bei einigen Ländern Skepsis und Misstrauen auslöst. Die Tatsache, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung zur größten Wirtschaftsmacht in der Mitte des Kontinents aufstieg, hat vielen Angst gemacht. Ich war erschrocken, wie schnell die Wahrnehmungen sich verzerrten, als stünde das heutige Deutschland in einer Traditionslinie deutscher Großmachtpolitik, gar deutscher Verbrechen. Nicht allein populistische Parteien stellten gar die deutsche Kanzlerin als Repräsentantin eines Staates dar, der heute angeblich wie damals ein deutsches Europa erzwingen und andere Völker unterdrücken will.

Doch ich versichere allen Bürgerinnen und Bürgern in den Nachbarländern: Ich sehe unter den politischen Gestaltern in Deutschland niemanden, der ein deutsches Diktat anstreben würde. Bis jetzt hat sich die Gesellschaft rational und reif verhalten. In Deutschland fand keine populistisch-nationalistische Partei in der Bevölkerung die Zustimmung, die sie in den Deutschen Bundestag gebracht hätte. Aus tiefer innerer Überzeugung kann ich sagen: Mehr Europa heißt in Deutschland nicht: deutsches Europa. Mehr Europa heißt für uns: europäisches Deutschland!

Wir wollen andere nicht einschüchtern, ihnen auch nicht unsere Konzepte aufdrücken, wir stehen allerdings zu unseren Erfahrungen und möchten sie gern vermitteln. Keine zehn Jahre ist es her, da galt Deutschland selbst als „kranker Mann Europas“. Die Maßnahmen, die uns damals aus der Wirtschaftskrise herausführten, haben – trotz der innenpolitischen Konflikte, die mit ihnen einhergingen – Früchte getragen. Gleichzeitig wissen wir, dass es verschiedene ökonomische Konzepte gibt und nicht nur ein Weg zum Ziel führt.

Sollten deutsche Politiker vereinzelt zu wenig Empathie für die Situation der anderen aufgebracht haben oder konnte Sachrationalität manchmal erscheinen wie Kaltherzigkeit und Besserwisserei, so war dies die Ausnahme und nicht die Regel und erklärt sich vielleicht auch aus der notwendigen Auseinandersetzung um den richtigen Weg. Sollte aus kritischen Kommentaren allerdings Geringschätzung oder gar Verachtung gesprochen haben, so ist dies nicht nur grob verletzend, sondern auch politisch kontraproduktiv. Es erschwert oder blockiert den selbstkritischen Diskurs, der

in allen Krisenländern zumindest bei einer Minderheit schon deutliche Konturen angenommen hat. Uns in Deutschland aber sollte klar sein, dass, wer seinen Argumenten vertraut, es nicht nötig hat, sein Gegenüber zu provozieren oder zu demütigen.

Es lohnt sich für alle 27 Partner in unserer Gemeinschaft noch einmal die Versprechen in Erinnerung zu rufen, mit denen die Währungs- und Wirtschaftsunion einst gestartet ist. Diese Union wird getragen von der Idee, dass Regeln eingehalten und Regelbrüche geahndet werden. Diese Union ist ein Geben und Nehmen, sie darf für niemanden eine Einbahnstraße sein. Sie folgt dem Prinzip der Gegenseitigkeit, der Gleichberechtigung und der Gleichverpflichtung. Mehr Europa muss heißen: mehr Verlässlichkeit. Verlässlichkeit und Solidarität stehen und fallen miteinander.

Ich bin überzeugt: Wenn in Europa alle diesem Grundsatz verpflichtet bleiben, dann kann innereuropäische Solidarität sogar noch wachsen, um längerfristig die großen Ungleichheiten auf dem Kontinenten zu verringern, und Lebensverhältnisse zu schaffen, die Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive bieten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mehr Europa fordert: mehr Mut bei allen! Europa braucht jetzt nicht Bedenkenträger, sondern Bannerträger, nicht Zauderer, sondern Zupacker, nicht Getriebene, sondern Gestalter.

Aber Sie, Exzellenzen, Sie wissen am allerbesten, dass selbst mit einer pro-europäischen Haltung manche Bemühungen ins Leere laufen. Solche Schwierigkeiten möchte ich heute nicht ausblenden. Eines der Hauptprobleme bei der Herausbildung einer engeren europäischen Gemeinschaft scheint mir die unzureichende Kommunikation innerhalb Europas zu sein. Und damit meine ich weniger die Ebene der Diplomatie, als vielmehr den Alltag der Bevölkerung. Bis heute nimmt jedes der 27 Mitgliedsvölker dieselben europäischen Vorgänge oft auf unterschiedliche Weise wahr. Die Berichterstattung der Medien erfolgt fast ausschließlich unter nationalen Gesichtspunkten. Das Wissen über die Nachbarn ist noch immer gering – von einer vergleichsweise kleinen Gruppe von Studierenden, Geschäftsleuten, Intellektuellen und Künstlern abgesehen. Europa hat bislang keine gemeinsame europäische Öffentlichkeit, die sich mit dem vergleichen ließe, was wir auf nationaler Ebene als Öffentlichkeit bezeichnen. Zunächst fehlt uns eine gemeinsame Verkehrssprache. In Europa sind 23 Amtssprachen anerkannt, zahllose andere Sprachen und Dialekte kommen noch hinzu. Ein Deutscher, der nicht auch Englisch oder Französisch spricht, wird sich kaum mit einem Portugiesen verständigen können, ebenso wenig mit einem Litauer oder Ungarn. Es stimmt ja: die junge Generation wächst ohnehin mit Englisch als Lingua franca auf. Ich finde aber, wir sollten die sprachliche Integration nicht einfach dem Lauf der Dinge überlassen. Mehr Europa heißt nämlich nicht nur Mehrsprachigkeit für die Eliten, sondern Mehrsprachigkeit für immer größere Bevölkerungsgruppen, für immer mehr Menschen, für alle! Ich bin überzeugt, dass in Europa beides nebeneinander leben kann: Beheimatung in der Muttersprache und ihrer Poesie und ein

praktikables Englisch für alle Lebenslagen und Lebensalter.

Mit einer gemeinsamen Sprache ließe sich auch mein Wunschbild für das künftige Europa leichter umsetzen: eine europäische Agora, ein gemeinsamer Diskussionsort für das demokratische Miteinander. Diese Agora wäre noch umfassender, als die Schülerinnen und Schüler sie vielleicht aus dem Geschichtsbuch kennen. Im antiken Griechenland gab es den zentralen Versammlungsort, Kult- und Gerichtsplatz gleichzeitig, einen Ort des öffentlichen Disputs, wo um das geordnete Zusammenleben gerungen wurde. Wir brauchen heute ein erweitertes Modell. Vielleicht könnte unsere Medienlandschaft so eine europafördernde Innovation hervorbringen, etwas wie Arte für alle, ein Multikanal mit Internetanbindung, für mindestens 27 Staaten, für Junge und Erfahrene, für Onliner und Offliner, für Pro-Europäer und Skeptiker. Dort müsste mehr gesendet werden als der Eurovision Song Contest oder ein europäischer Tatort. Es müsste zum Beispiel Reportagen geben über Firmengründer in Polen, junge Arbeitslose in Spanien oder Familienförderung in Dänemark. Es müsste Diskussionsrunden geben, die uns die Befindlichkeiten der Nachbarn vor Augen führen und verständlich machen, warum sie dasselbe Ereignis unter Umständen ganz anders beurteilen als wir. Und in der großen Politik würden nach einem Krisengipfel die Türen aufgehen und die Kamera würde nicht nur ein Gesicht, sondern die gesamte Runde am Verhandlungstisch einblenden.

Ob mit oder ohne einen solchen TV-Kanal: Wir brauchen eine Agora. Sie würde Wissen vermitteln, europäischen Bürgersinn entwickeln helfen und auch Korrektiv sein, wenn nationale Medien in nationalistische Töne verfallen und ohne Sensibilität oder Sachkenntnis über die Nachbarn berichten. Ich weiß, dass viele Medienkonzerne die europäische Öffentlichkeit schon zu stimulieren versuchen, mit Beilagen aus anderen Ländern, mit Schwerpunktthemen zu Europa und vielen guten Ideen. Aber bitte mehr davon – mehr Berichterstattung über und mehr Kommunikation mit Europa!

Kommunikation ist für mich kein Nebenthema des Politischen. Die ausreichende Erläuterung der Themen und Probleme ist vielmehr selbst Politik. Eine Politik, die mit der Mündigkeit der Akteure in der Agora rechnet und sie nicht als untertänig, desinteressiert und unverständig abtut.

Mehr Europa heißt für mich: mehr europäische Bürgergesellschaft. Ich freue mich daher, dass 2013 das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger ist. Ich würde nicht in allen Einzelheiten so weit gehen wie die Autoren in ihrem „Manifest für eine Neugründung Europas“, aber ich hege große Sympathien für die Überschrift, unter der sich viele Unterstützer schon versammelt haben: „Frage nicht, was Europa für Dich tun kann, frage vielmehr, was Du für Europa tun kannst!“ Der Europäer Gauck hat sich seine Antworten auf eine Liste geschrieben.

Erstens: Sei nicht gleichgültig! Brüssel mag weit weg sein, aber die Themen, die dort verhandelt und beschlossen werden, gehen jede und jeden an. Es darf uns nicht egal sein, wie die EU auf Standards Einfluss nimmt, die dann bei uns im Kinderzimmer oder auf dem Esstisch wirken. Es darf uns nicht egal sein, welche Maßstäbe wir anlegen an die Außen-, Sicherheits-, Umwelt-

und Entwicklungspolitik, die eben auch in unserem Namen stattfindet. Es darf uns nicht egal sein, wie die EU mit Menschen umgeht, die aus politischen Gründen ihr Land verlassen müssen.

Zweitens: Sei nicht bequem! Die Europäische Union ist kompliziert, weil sie auch Kompliziertes leisten soll. Sie hat es verdient, dass ihre Bürgerinnen und Bürger Interesse zeigen und sich informieren. Sie hat es verdient, dass mehr als 43 Prozent der Wahlberechtigten an der Europawahl teilnehmen. Und sie hat es nicht verdient, dass Brüssel zum Sündenbock gemacht wird, wo nationale Interessen oder nationales Versagen Fehlentwicklungen verursacht haben.

Drittens: Erkenne Deine Gestaltungskraft! Ein besseres Europa entsteht nicht, wenn wir die Verantwortung dafür immer nur bei anderen sehen. Es gibt so viele Möglichkeiten. Wer etwas anstoßen oder verhindern will, der nutzt die Europäische Bürgerinitiative. Wer etwas gründen oder bauen will, der kann einen Förderantrag stellen. Und wer Gutes tun und seine Nachbarn kennenlernen will, der bewirbt sich beim Europäischen Freiwilligendienst. Jede und jeder kann einen Grund finden für den Satz: Ja, ich will Europa! Wer kennt diesen Ausruf besser als Sie hier im Saal?

Mein Dank richtet sich heute an so viele, angefangen mit den Europabotschaftern über die Europaaktivisten in Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft bis hin zu den besonders fantasievollen Betreuerinnen in bilingualen Kitas der Euroregionen. Ich danke allen, die Europa auf tausendfache Weise wirtschaftlich, sozial und kulturell vernetzen. Wichtig ist mir auch der Dank an unsere deutschen Politikerinnen und Politiker, die ihre nationalen Aufgaben immer mit unserer europäischen Verpflichtung verbunden haben. Besonders danke ich denen, die beim Begriff Solidarität nicht allein die Sorge um den Besitz der Besitzenden geleitet hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerade wir Deutschen wissen tief in unserem Innern, dass da etwas ist, was uns mit Europa in besonderer Weise verbindet. War es doch unser Land, von dem aus alles Europäische, alle universellen Werte zunichte gemacht werden sollten. War es doch unser Land, dem die westlichen Siegermächte trotzdem gleich nach dem Krieg Hilfe und Solidarität zuteilwerden ließen. Uns blieb damals erspart, was nach unserer Hybris leicht hätte folgen können: eine Existenz als verstoßener Fremdling außerhalb der Völkerfamilie.

Stattdessen wurden wir – was erst recht aus der heutigen Perspektive unerwartet und wunderbar erscheint – Eingeladene, Empfangene, Aufgenommene. Partner!

Wir kamen zu der beglückenden Erfahrung, dass wir uns selbst achten konnten und von anderen geachtet wurden, als wir „nicht über und nicht unter anderen Völkern“ sein wollten. So haben wir uns in unserem Handeln mit Europa verbunden, wir haben uns Europa geradezu versprochen.

Heute bekräftigen wir dieses Versprechen.

Wir werden wohl innehalten vor einer neuen Schwelle, werden neu nachdenken. Werden dann aber mit guten Ideen und guten Gründen Vertrauen erneuern, Verbindlichkeit stärken, werden weiter bauen, was wir gebaut haben – Europa.